Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 11

Artikel: Imperialismus - der Feind
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142092

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stände untersagt. Und schließlich ist ihnen auch jegliche Tätigkeit verboten, die nicht ausschließlich für die bloße Ernährung nötig ist.

Fast noch schlimmer ist die Lage der Familien, deren Ernährer schwer krank zurückkehrt oder nicht freigelassen wird. Werden diese Familien doch verfemt, können darum kaum Arbeit finden; sie sind auch ebenso von polizeilichen Schikanenn geplagt und ihre materielle Lage meistens ausweglos.

Daher gehört die Hilfe mit monatlichen Unterstützungen an diese Familien zu den Hauptaufgaben der Hilfsorganisationen.

So sieht das Ferienparadies Griechenland aus. Aber Griechenland ist doch en vogue! Die 5. USA-Flotte ist im Hafen von Piräus daheim. Dafür haben CIA und NATO ja vorgesorgt. Die Touristen kommen auch und die Ölmilliardäre mit ihren interessanten Familien sind auch dort zu Hause. Dort lebt aber auch noch

Alexandros Panagoulis,

dessen Todesurteil man nicht zu vollstrecken wagt. Von ihm wird auch sein Gefängnisort von der Juntaregierung geheim gehalten. So steht denn von ihm im vorliegenden Weißbuch nur:

«Vollkommen isoliert in einem 'Käfig' der Militärpolizei».

Man kann auch so zu Tode quälen. Und wie stehen wir alldem gegenüber, mit unseren Sorgen und Wichtigkeiten? Emmy Moor

Imperialismus — der Feind

Jetzt ist also Nixon wiedergewählt worden, und die USA haben wieder die seit Jahren vertraute Gestalt am Steuer. Er war seit Jahren darauf bedacht gewesen, sein «Image» auf diesen Tag zurecht zu machen, was sicher nicht ganz einfach war. Für die Parteigewaltigen der Republikaner mußte er Stabilität und Sparsamkeit am rechten Ort verkörpern — im Bildungwesen etwa, oder in der Volkswohlfahrt oder in den Ausgaben für Umweltschutz. Daher das präsidentielle Votum gegen den Kongreßbeschluß, welcher 24 Milliarden Dollar für die Sanierung der Flüsse und Seen Amerikas vorsah, die Nixon auf 6 Milliarden reduziert sehen wollte. Stabilität soll vor allem gewahrt werden in der Rüstungsproduktion, die seit Nixons Amtsantritt 1969 auf höchsten Touren lief. Der Präsident nannte diese vier Jahre «die besten seit dem Zweiten Weltkrieg» und für die Rüstungsindustrie, an die er in erster Linie zu denken scheint, mit allen ihren Verzweigungen, waren es tatsächlich goldene Jahre. Diese Hochkonjunktur dürfte u. E. auch andauern, denn

in der «Vietnamisierung» des Krieges liegt die Möglichkeit, großzügig weiter zu liefern und wäre es nur um den «Frieden zu sichern». Mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen hatte Nixon auch das Mittel gefunden, die Gegnerschaft der jungen Generation abflauen zu lassen, denn was sie gegen ihn aufbrachte, war das Risiko, zum Kriegsdienst in Vietnam eingezogen zu werden. Nixon hat in Aussicht gestellt, daß die USA vom obligatorischen Militärdienst abgehen und sich ganz auf eine Freiwilligenarmee von ausgezeichnet geschulten Spezialisten verlassen werde. Damit war er also abgeschirmt gegen die Dienstverdrossenheit der Studenten-Generation. Um auch das wachsende Interesse von Millionen von Amerikanern für das neue China seiner Wiederwahl-Kampagne nutzbar zu machen, unternahm Nixon im Februar dieses Jahres seine Reise nach Peking, ein Wahlschlager für ihn persönlich, der die Nation ungezählte Millionen kostete. Sicher trug zu diesem Schritt auch bei die Besorgnis, daß Japan beim industriellen Aufbau des chinesischen Riesenreiches die USA ausstechen könnte, wenn bessere Beziehungen zu China nicht zustande kamen. Aber die Chinareise, die ohne Konsultation des asiatischen Partners Japan unternommen wurde, und vorläufig weder materiell noch diplomatisch etwas einbrachte, muß doch in erster Linie durch die Wahlbedürfnisse Nixons motiviert gewesen sein. Nicht minder spektakulär war der Besuch der Sowjetunion, zur Unterzeichnung von SALT (Strategic Arms Limitation Talks), einem Vertrag, der angeblich das Wettrüsten der beiden Supermächte beschränken sollte, und der, nach übereinstimmender Ansicht aller, die diese Verhandlungen verfolgten, keinen der beiden Kontrahenten hindert, beliebig neue, vollkommenere Waffensysteme zu entwickeln. Der Zweck der Übung ist einzig, die USA-Wähler glauben zu machen, es geschehe etwas zur Verhinderung der Fahrt in den Abgrund, während die Kundigen — die Rüstungskonzerne, sich nicht täuschen in der Annahme, daß der Status quo der Rüstungen erhalten bleibt.

Dies ist, in einigen Sätzen zusammengefaßt, die Sachlage. Unter einem Rauchschleier schöner Versprechungen, die Erhaltung des Status quo, d. h. die Möglichkeit einer verschwindend kleinen Minderheit, innenpolitisch und im Weltmaßstab die Mehrheit der Schwachen und Wehrlosen zu beherrschen und auszubeuten. Nixon ist das ideale Werkzeug für die Erhaltung dieses Systems — das unter dem Namen Imperialismus bekannt ist.

Die wuchtigste Abrechnung mit diesem System der Ausbeutung unter dem Schein von «Demokratie und Freiheit» stammt vom politischen Schriftsteller Felix Greene, einem Engländer, der mehr als dreißig Jahre in den USA verbracht hat, wo er sich, da er finanziell unabhängig ist, zum unerbittlichsten Gegner eines Systems entwickelt hat, das einen Vietnamkrieg nicht nur duldet, sondern sogar zu rechtfertigen

wagt. Greenes Buch «T h e E n e m y»* («Imperialismus = Feind»), das 1970 erschien, ist leider noch nicht ins Deutsche übersetzt, möglicherweise weil sein Angriff zu kompromißlos antikapitalistisch, aber zugleich frei ist von parteipolitischen Bindungen an die Linke.

Greenes Angriff richtet sich gegen Beherrschung und Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, wo immer sie in Erscheinung tritt; er beleuchtet die Eroberungen der britischen Empirebauer im Jahrhundert der P a x b r i t a n n i c a, in jenen hundert Jahren, von denen nur fünfzehn von blutigen Eroberungskriegen frei waren. Wir brauchen die unzähligen Konflikte zwischen den europäischen Imperialisten des vergangenen Jahrhunderts, die im Ersten Weltkrieg kulminierten, nicht in einzelnen nachzuzeichnen. Was uns bedrohlich näher liegt, was durch seine machtpolitische Ausstrahlung seit dem Zweiten Weltkrieg weit gefährlicher ist, muß uns hier vor allem beschäftigen. Jedes Imperium zur Zeit seines höchsten Erfolges erscheint unzerstörbar, für alle Zeiten gesichert. Vor dem Ersten Weltkrieg war auch Großbritannien noch sehr mächtig. Das englische Pfund, um nur diese Tatsache zu erwähnen, war die Währung, an der alle andern Währungen der Welt gemessen wurden. Aber schon hatten Amerika und Deutschland die britische Industrieproduktion übertroffen und Deutschland forderte Englands Seeherrschaft heraus. Großbritannien mußte den Kampf aufnehmen und war in zwei zerstörerischen Kriegen zwar auf der gewinnenden Seite, aber doch war damit auch die Zeit seiner Weltherrschaft zu Ende.

Heute erscheint die Weltherrschaft der Vereinigten Staaten ebenso unangreifbar wie die Englands am Ende des 19. Jahrhunderts. Lassen wir Felix Greene an einigen Überlegungen zeigen, worauf die Macht dieses Riesen beruht und wo seine Schwächen liegen.

Die Vereinigten Staaten waren die erste Nation, die ganz offen auf dem Recht der Rebellion gegründet war. Die Grundsätze, die von den amerikanischen Kolonisten vertreten wurden, hatten damals und heute noch Sprengstoff: «Alle Menschen sind gleich erschaffen und haben ein Recht auf Leben, Freiheit und Glück. Zweck der Regierung ist der Schutz dieser Rechte — denn die Regierung ist Diener des Volkes und nicht sein Herr.» Es gab keine Aristokratie, keine Nationalkirche, man hatte die Freiheit, die Regierung zu kritisieren, es gab keine Klassenunterschiede. Mehr noch, die neuen Amerikaner glaubten, die Menschen könnten die Gesellschaft neu formen und die neue Gesellschaft werde auch die Menschen neu bilden. Dies war die revolutionäre Botschaft an die alte Welt — es war nicht ein sozialistisches, aber ein bür-

---

* Felix Greene: The Enemy. Notes on Imperialism and Revolution. 1970. Jonathan Cape, London. 322 S. Fr. 23.—.

gerlich-demokratisches Ideal — wie es sogar Ho Chi Minh seinem Staat 1945 zu Grunde legte.

Für die hungrigen und unterdrückten Massen Europas stellte Amerika das Land der Hoffnung dar. Millionen kamen über den Ozean, um ihr Leben neu zu beginnen: Doch nicht die Reichen kamen, sondern die Ärmsten, viele mit den Lumpen auf ihrem Körper als einzigem Besitztum. Sie glaubten mit den besten Amerikanern an den «American dream». Es war ihnen nicht bewußt, daß im Kern dieses Glaubens ein Todeskeim steckte: Eine Gesellschaft, die auf der Gleichheit der Menschen beruhte, konnte nicht gleichzeitig eine Gesellschaft sein, die Sklaven hielt, noch durfte sie die grauenhaften Massaker der eingeborenen Indianer dulden — noch ist auch menschliche Gleichheit möglich, solange die Produktionsmittel in privaten Händen sind.

Die Sozialgeschichte der USA im 19. Jahrhundert ist die Geschichte der wachsenden Unterschiede zwischen dem anfänglichen Ideal der Hoffnung und der Zerstörung dieser Hoffnungen zwischen den Versprechungen und der Wirklichkeit.

Was Großbritannien seinen «Eingeborenen» in den Übersee-Kolonien antat, das praktizierte Amerika gegenüber seinen internen Kolonisten, den Sklaven, Indianern und Einwanderern. Viele charakteristische Erscheinungen der britischen industriellen Revolution wiederholten sich in USA, der zwölf- bis vierzehnstündige Arbeitstag unter unbeschreiblichen Verhältnissen, die selben Slums, die selbe unmenschliche Ausbeutung von Kindern. Tausende von Arbeitern starben an Überanstrengung, Unterernährung, Tuberkulose usw. Wie in England wurde jede Anstrengung gemacht, um die Arbeiter an der Erprobung ihrer Kollektivmacht zu hindern. Streiks waren illegal und endeten oft in militärischen Aktionen. Man muß sich fragen, welche Chance die amerikanische Vision einer neuen Gesellschaft überhaupt hatte, angesichts dieses Erbes von Mord am Indianervolk, der Negersklaverei und der Ausbeutung hilfloser Einwanderer. Es waren besondere, für Amerika charakteristische Umstände, die die ungeheuer rasche Expansion seiner Industrie begünstigten. Einmal ein riesengroßes Stammland, reich an Bodenschätzen und, ungleich dem Britischen Reich, geographisch zusammenhängend, und damit die Grundlage für ein einmaliges Absatzgebiet. Dann erschienen die USA verhältnismäßig spät im industriellen Wettbewerb, was bedeutete, daß sie auf einem höheren technischen Niveau ansetzen und die in Europa entwickelten Neuerungen, wie auch viele auf dem alten Kontinent ausgebildete Fachleute benützen konnten. Ein dritter für den raschen Aufschwung günstiger Umstand waren die hohen Löhne, die für Qualitätsarbeit bezahlt werden mußten. Dies hatte zur Folge, daß schon früh arbeitssparende Prozesse entwickelt wurden, die die Produktivität erhöhten und die Produktionskosten senkten.

Die wichtigste Grundlage für die rasche industrielle Expansion lag immerhin in den Massen von mittellosen und unorganisierten Arbeitern, über welche amerikanische Unternehmer verfügen konnten. Wenn Balzac erklärte: «Hinter jedem großen Vermögen steckt ein Verbrechen», so steckten hinter den Riesenvermögen, die hier zusammengerafft wurden, eine Menge Verbrechen. Und selbst jene, die kleine Ersparnisse anzulegen hatten, wurden von denen, die über wirtschaftliche Macht verfügtn, erbarmungslos beschwindelt.

«Die Räuber-Barone» (robber barons), wie die Finanz-Operateure der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg genannt wurden, stürzten sich auf die Anlage suchenden Sparer wie ein Schwarm Geier auf krankes Wild. Sie nützten nationale Hilfsmittel für ihre Zwecke, führten Wirtschaftskriege gegeneinander oder verbündeten sich gegen Dritte. Sie machten Abkommen mit Bahngesellschaften für Sondertarife — sie erwarben Zeitungen und kauften Redaktoren, sie liquidierten Konkurrenz-Unternehmen und nahmen berühmte Juristen und Staatsmänner in ihren Sold, um ihre Privilegien zu schützen. Kurz gesagt: «Die Superreichen benützten bestehende Gesetze, sie umgingen und verletzten andere, sie ließen auch Gesetze ausarbeiten und durchführen zu ihrem eigenen Nutzen». (C.Wright Mills: «The Power Elite. Oxford University Press. 1957.)

Der Bürgerkrieg 1961-65 beschleunigte die Entwicklung der amerikanischen Industrie, wie er die Akkumulierung und Ballung des Kapitals in immer weniger Händen einleitete. Ende des Jahrhunderts war die Produktion von Stahl, Öl, Chemikalien und später auch elektrischer Ausrüstung unter die Kontrolle riesiger Kartelle gelangt, die ihrerseits mit den Großbanken zusammenhingen. Bis 1913, dem Jahr vor dem Ersten Weltkrieg, wurden im USA-Abgeordnetenhaus 224 Trusts erwähnt, die ihre industrielle und finanzielle Macht gegen die Arbeiter und Konsumenten einsetzten.

Diese großen zentralisierten Kombinationen von Industrie und Kapital verursachten den Bankrott zahlreicher kleinerer Unternehmer und Farmer. Trotz der Weite des amerikanischen Kontinents genügte die Expansion auf dem eigenen Territorium nicht mehr für die Konzentration von Kapital, das die Trusts zur Verfügung hatten. So sahen sie sich im Ausland um nach einträglicheren Anlagemöglichkeiten.

1902 schrieb der berühmte britische Wirtschaftsspezialist Professor J. A. Hobson: «Es war die Forderung nach ausländischen Absatzmärkten und Anlagemöglichkeiten, die der Regierung von der Republican Party, der Partei der großen industriellen und finanziellen Bosse aufgezwungen wurde, eine Politik des Imperialismus — also der Beherrschung fremder Nationen und Länder. Nicht Präsident Theodor Roosevelt mit seinem Slogan von «offenbarer Bestimmung» («manifest

destiny»), «zivilisatorischer Aufgabe der Nation» («mission of civilisation»); es waren die Herren Rockefeller, Pierpont Morgan und andere, die den Imperialismus brauchten und ihn dem amerikanischen Volk aufzwangen. Sie wollten die Macht und Mittel ihres Landes einsetzen um Verwendung für ihre Kapitalien zu finden, die sonst müßig geblieben wären.»

Der amerikanische Imperialismus begann seine militärische Expansion 1898 in einem Krieg gegen Spanien — einem kleinen Krieg gegen ein schwaches Land. Und mit welch ungeheuren Dividenden für die Wenigen, die davon profitierten: Besitznahme von den Philippinen und Puerto-Rico — die Übernahme, praktisch gesprochen — von Kuba, eine Einflußsphäre in ganz Südamerika, die strategische Beherrschung des Karibischen Meeres — und die Öffnung ganz Südamerikas für amerikanische Investitionen, eines Gebietes, das früher unter britischem und französischem Einfluß gewesen war. Der Krieg gegen Spanien war nur der Anfang, aber er stellte die Weichen für den imperialistischen Kurs der USA.

Heute gibt es in den USA etwa zweihunderttausend Industrie-Corporationen oder Konzerne. 1968 bezog der vierhundertste Teil von allen Korporationen beinahe 75 Prozent von allen Profiten der zweihunderttausend. Dies ist der heutige Monopol-Kapitalismus, wie er in den großen und mittleren Mächten des Westens, am stärksten jedoch in USA ausgeprägt ist. Regierungen sind heute nur untergeordnete Departemente dieser Korporationen. In Großbritannien wird die Staatsmacht von den Monopolen dazu benützt, die weniger erfolgreichen Branchen der Wirtschaft, die sie benötigen — Eisenbahnen, Kohlenbergwerke und die Stahlindustrie — auf Kosten des Steuerzahlers weiter existieren zu lassen, indem sie diese Wirtschaftszweige nationalisieren.

Der Verlauf des ersten Weltkrieges — der Kampf der saturierten Imperialismen gegen die Imperium-hungrigen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien ist bekannt. 1917 schied eine imperialistische Macht — das zaristische Rußland — aus dem Klub der Imperien aus, und der Nachfolgestaat, die sozialistische UdSSR wurde zum Albtraum der restlichen Imperialismen. In den Jahren der Depression, den dreißiger Jahren, wurde die Sowjetunion allein dadurch, daß dort keine Arbeitslosigkeit herrschte, zum Anziehungspunkt für die Arbeiterschaft der westlichen Länder. Das dringlichste Ziel der westlichen Alliierten, Hitler in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu manövrieren, gelang nur insoweit als Hitler bei Stalingrad den entscheidenden Schlag erhielt. Daß aber die Sowjetunion die deutschen Armeen nach Westen zurücktrieb, stand nicht auf dem Programm der Westmächte, die bis zum Ende lieber Nicht-Intervention und Appeasement gespielt hätten. Weil sie aber

fürchteten, die Russen könnten ganz Europa überrennen, mußten sie nun die lange vergeblich geforderte zweite Front bilden.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges beherrschten die USA die Welt militärisch, politisch und wirtschaftlich. Und heute, ein Vierteljahrhundert nach Hiroshima — haben die USA beinahe die Hälfte des gesamten Einkommens der Welt und besitzen so viel Produktionskraft wie die übrigen 94 Prozent der Menschheit nur in Jahrhunderten errungen hatten. Vergessen wir auch nicht, daß der amerikanische Verlust an Menschenleben im Zweiten Weltkrieg nicht höher war als amerikanische Bürger in derselben Frist durch gewöhnliche Unfälle ums Leben kamen. Eine interessante Entwicklung psychologischer Art ist die Tendenz, auf die man in manchen Kreisen in den USA heute trifft, daß man bestreitet, überhaupt etwas mit Imperialismus zu tun zu haben. Sagte nicht Präsident John Kennedy: «Das Anliegen der Menschheit ist das Anliegen Amerikas — wir sind verantwortlich für die Erhaltung der Freiheit auf der ganzen Welt.» Man läßt sich heute nicht mehr von solchen Phrasen beeindrucken und die Zeugnisse prominenter Amerikaner, die gewollt oder ungewollt, der Wahrheit näher kommen, fehlen nicht.

Worum es z. B. in Vietnam ging, sagte Präsident Eisenhower am 4. August 1953, als er die Hilfe Amerikas an Frankreichs Vietnamkrieg rechtfertigte: «Wir suchen auf die billigste Art zu verhindern, daß wir gewisse Materialien nicht mehr bekommen, die wir aus den reichen Gebieten von Indochina und Südostasien beziehen». Oder Außenminister Foster Dulles, der am 29. März 1954 erklärte: «Vietnam ist reich an vielen Rohstoffen — Zinn, Öl, Gummi und Eisenerzen. Das Gebiet hat großen strategischen Wert — es bietet bedeutende Luft- und Flottenstützpunkte» — und ein Artikel in der bekannten Zeitung «US News and World Report» vom 4. April 1954, dessen Titel lautet: «Warum US-Krieg riskiert wegen Indochina: Es ist der Schlüssel zur Beherrschung ganz Asiens!»

«Eines der reichsten Gebiete der Welt öffnet sich dem, der Indochina gewinnt. Das ist's, was hinter dem amerikanischen Interesse steckt — Zinn, Gummi, Reis, strategisch wichtigste Rohstoffe — darum geht der Krieg. Die USA betrachten Indochina als ein Gebiet, das zu halten ist — ohne Rücksicht auf die Kosten». Schließlich erklärte der frühere US-Botschafter in Südvietnam, Henry Cabot Lodge (28. Februar 1965) in Cambridge-Mass: «. . . Wer in Vietnam Einfluß hat, dessen Forderungen können auch für die Zukunft der Philippinen, Formosas, Thailands und Burmas, wie auch für Malaysia und Indonesia wegleitend sein. Vietnam ist kein geographisches Vacuum — von dort aus können große Zentren an Reichtum und Bevölkerung beeinflußt und unterminiert werden.» Die Aufsicht über Asien und die Eindämmung Chinas sind also die eigentlichen Gründe für den Vietnam-Konflikt. Wir zitier-

ten Präsident Kennedys Behauptung, die Vereinigten Staaten fühlten sich für die Erhaltung der Freiheit überdall in der Welt verantwortlich.

Wie diese Verantwortung in Wirklichkeit aussieht, kommt in den Worten eines hohen amerikanischen Militärs zum Ausdruck. General David M. Shoup, der als Kommandant des United States Marine Corps sehr viel zur Praxis der imperialen Politik der USA beitrug, erklärte (laut «Congressional Record» vom 26. Februar 1967) über amerikanische Aktionen in den unterentwickelten Ländern, was folgt:

«Ich glaube, wenn wir unsere dreckigen, blutigen dollargierigen Finger von den Angelegenheiten dieser ausgebeuteten, unterdrückten Völker fernhalten würden, kämen sie selbst zu einer Lösung, die ihren eigenen Plänen und Wünschen entspricht — für die sie zu kämpfen und zu arbeiten gewillt sind. Und wenn ihre Revolution leider gewaltsam sein muß, weil die «haves» nicht mit den «have-nots» friedlich teilen wollen, so ist das, was sie bekommen, wenigstens von eigener, nicht amerikanischer Art, die sie nicht mögen, vor allem aber nicht ständig von Amerikanern angepriesen haben wollen.»

Wenn hier die angemaßte Beschützerrolle des imperialistischen Staates auf Grund praktischer Erfahrung als ihr Gegenteil bloßgestellt wird, legt Felix Greene Hand auch an eine andere, das «Image» des Superstaates verschönernde Überlieferung — die Mär von dessen uneigennütziger Hilfe an die unterentwickelten Völker.

In einer detaillierten Zusammenstellung der amerikanischen Motive für Hilfe an andere Völker vom Marshallplan (1947) bis in die Gegenwart und die Wirkung solcher Hilfe kommt Felix Greene zu folgenden, durch einwandfreie Belege gestützten, Resultaten:

Hilfe an europäische Völker (Marshallplan) ermöglichte den letzteren, ihre Wirtschaft innerhalb des kapitalistischen Systems neu zu beleben — Hilfe hielt sie beim Kapitalismus.

Hilfe unter dem Vorwand des Schutzes vor dem Kommunismus ermöglichte den USA- eine mächtige und permanente militärische Präsenz in Europa aufzubauen.

Hilfe lenkte eine schwere Depression von den USA ab, indem sie andere Länder mit Kaufkraft ausstattete, sodaß sie amerikanische Produkte kaufen konnten — und mußten!

Hilfe war eine nützliche Methode, überschüssige amerikanische Waren abzusetzen.

Hilfe ist eine getarnte Subsidie an amerikanische Exportfirmen, eine Subsidie, die durch den amerikanischen Steuerzahler berappt wird.

Hilfe ist ein Mittel, das den USA ermöglicht, andere Länder politisch und wirtschaftlich zu erpressen.

Hilfe bietet die Möglichkeit, in die Wirtschaftsräume anderer kapitali-

stischer Länder vorzustoßen und sie aus Märkten zu verdrängen, die sie vormals beherrscht hatten.

Hilfe öffnet die unterentwickelten Länder für amerikanische Anlagesucher.

Hilfe wird benützt, um andere Länder zu zwingen, Stützpunkte und andere Erleichterungen für die amerikanischen Militärkräfte zu gewähren.

Hilfe dient nicht dazu, die ärmeren Länder weniger arm zu machen, sondern macht sie verhältnismäßig ärmer.

Hilfe wirkt sich so aus, daß sie die armen Länder zu Dauerschuldnern macht und so ihre Rückständigkeit verewigt.

Hilfe trägt nicht dazu bei, die armen Länder unabhängiger zu machen, sondern sie vertieft ihre Abhängigkeit.

Hilfe trägt aber dazu bei, despotische Gruppen in den Empfängerländern an der Macht zu halten, die jede Bewegung unterdrücken, welche versuchen wollte, die Bevölkerung von ausländischer oder lokaler Unterdrückung zu befreiene.

Hilfe ist ein Werkzeug für die wirtschaftliche, politische und militärische Beherrschung anderer Völker.

Hilfe ist ein Betrug.

Es sei vorauszusehen, meint Felit Greene im Vorwort zu diesem Buch, daß man ihm vorwerfe, Aspekte des Imperialismus, wie sie für Amerika charakteristisch sind, überbetont, und damit ein verzerrtes Bild dieses Landes und seiner Institutionen gegeben zu haben. Felix Greene ist jedoch durchaus bewußt, daß Imperialismus eine Global-Erscheinung ist. Wenn er speziell auf amerikanische Formen hinweist, so geschah es aus Gründen der Vereinfachung und weil er seinen Angriff hier am überzeugendsten belegen konnte.

Wir haben von Felix Greenes Buch hier nur einige Eindrücke vermittelt, die auch bei uns ein Echo finden werden (s. Südafrika). Neben gründlicher und gut dokumentierter Kritik des Imperialismus untersucht er auch Probleme der Revolution von heute. Mit ihm, dem Ausländer, sind viele Amerikaner entsetzt und beschämt, angesichts der Krebsübel der amerikanischen Gesellschaft wie sie der Vietnam-Krieg und frühere Vorkommnisse ähnlicher Tendenz an den Tag brachten. Liegen die Übel zu tief, sodaß nur eine radikale Revolution die Gesellschaft vor dem Absinken in den Faschismus oder totalen Zerfall retten kann?

Wir gingen aus von der Wiederwahl Nixons als Präsident, einem Ereignis, das nach der Reaktion der Wirtschaft wie der öffentlichen Meinung eine neue Periode der Stabilität einleiten soll. Doch diese Paradierung neu errungener Stabilität überzeugt auch einsichtige Amerikaner längst nicht mehr wie früher. Sie spüren, daß ihr Land einer Krise entgegengeht. Man kann auch nicht übersehen, daß sich überall in der

Dritten Welt der Widerstand gegen das korrupte Herrschaftssystem des Imperialismus regt. Es ist vor allem China, das bei den ehemaligen Kolonialvölkern Aufsehen erregt. China, ein Land, das, trotz seiner Armut innerhalb von zwanzig Jahren, und zum ersten Mal in der Geschichte, die Massen seines Bauernvolkes vom Hunger befreit hat, wie von der Furcht, im Alter überflüssig zu werden. Hier ist eine des Namens würdige Regierung, die ihren Leuten Nahrung, Kleidung, ein Dach über dem Kopf und dazu Erziehung und einen guten Gesundheitsdienst verschaffte. Was in der Welt darüber bekannt wird — und Felix Greenes Schriften haben mächtig dazu beigetragen —, ist der stärkste Antrieb im Kampf gegen den Imperialismus. Red.

Wie man der Bodenspekulation begegnen kann

Der Boden ist kein Gut, das in unendlicher Menge vorhanden ist und das man der Willkür der Menschen überlassen darf. Er ist eine Gabe der Natur an den Menschen,ihm zur weisen Nutzung geschenkt. Weh ihm, wenn er ihn seiner Raub- und Besitzesgier unterwirft. Wie bald ist er dann der Erosion oder Versteppung für lange oder für immer ausgeliefert, was wir von der neuen Wissenschaft der Ökologie gelernt haben sollten. Oder er wird so teuer, daß die auf ihm angebauten Produkte zu Preisen angeboten werden müssen, welche Weltmarktpreise weit übersteigen, was zu handelstechnischen oder gesetzgeberischen Handlungen drängt, die entweder die Völker der Dritten Welt oder bestimmte Kreise des eigenen Volkes schädigen, oder beide zugleich. Weil der Boden zu gewissen Zwecken erst recht nur in beschränktem Maße zur Verfügung steht, ist er durch ein kapitalistisch spekulatives Denken nur zu einer Ware erniedrigt und dem Gesetze des Angebotes und der Nachfrage unterworfen worden, dadurch aber auch der Frage nach der Notwendigkeit seiner sozialen Nutzung, etwa zur Erstellung von Wohnungen für die zahlreicher gewordene Menschheit, entzogen worden. Welche sozialen Mißstände dadurch in der menschlichen Gesellschaft hervorgerufen werden, schreien heute tagtäglich die Spatzen von den Dächern. Sie spiegeln sich in den Kriminalstatistiken, den Berichten der Nervenärzte und im Gehaben der aus Rand und Band geratenen heutigen Jugend wieder.

Jedermann, der über sich und seine Umwelt noch etwas nachdenkt, erkennt, daß es dringend nötig geworden ist, heute, und nicht erst mor-